Brüsseler Brief

Die EUD Brüssel informiert

Ausgabe 5 – Januar 2009

★ Grußwort des Vorsitzenden

Liebe Mitglieder unseres Brüsseler Verbandes,
liebe Freunde der Europa-Union Deutschland,

selten versprach der europapolitische Ausblick auf ein neues Jahr soviel Spannung, selten gab es soviel Unsicherheit, selten fanden sich so viele Variablen in der europapolitischen Gleichung. Nur eines erscheint sicher: 2009 wird uns in Atem halten, und am Ende des neuen Jahres wird die Europäische Union nicht mehr die gleiche sein können wie zum Beginn des Jahres.

Und dies bezieht sich nicht nur auf die Veränderungen in den europäischen Institutionen und auf den Rechtsrahmen für die europäischen Institutionen. Vom 4. bis 7. Juni werden die Wahlbürger in den 27 Mitgliedstaaten ein neues europäischen Parlament zu bestimmen haben. Viele lang gediente Europapolitiker werden im Sommer ihre Büros räumen und einer neuen Generation von Abgeordneten Platz machen, die mit neuen Ansichten und Erwartungen nach Straßburg und Brüssel kommen – einschließlich vieler, für die die europäische Integration keineswegs selbstverständliche historische Aufgabe und Ideal ist.

Im Herbst wird die Amtszeit der Barroso-Kommission zu Ende gehen. Irgendwann zwischen Juni und Oktober will die irische Regierung erneut über den Lissabonner Vertrag abstimmen lassen. Wird der Lissabonner Vertrag dann also zwischen Herbst 2009 und Anfang 2010 in Kraft treten können? Falls denn Irland zustimmt, falls Tschechien ratifiziert, falls die Präsidenten Polens und Deutschlands mit ihren Unterschriften die jeweiligen nationalen Ratifikationsverfahren rechtzeitig zu einem guten Ende führen, falls die sozialen und politischen Verwerfungen als Konsequenz der wirtschaftlichen Rezession nicht in weiteren europäischen Mitgliedstaaten zu politischen Umbrüchen führen, die ihrerseits europapolitische Auswirkungen zeitigen könnten – bis hin zu neuen Risiken für den Lissabonner Vertrag… Und was wird das alles für die Zusammensetzung, den Zeitpunkt des Amtsantritts und die inhaltliche Zielsetzung der nächsten Kommission zu bedeuten haben?

Brüsseler Nabelschau ist in dieser Lage nicht angebracht. Dafür steht zu viel auf dem Spiel. 2009 ist das Jahr, in dem das verfasste Europa seinen Bürgern seinen Nutzen beweisen muss. In dem es überzeugen muss. Wie kann die Union führen, um einen wirksameren Beitrag zur Überwindung der Wirtschaftskrise zu leisten? Wie kann das europäische Sozialmodell für diejenigen konkret werden, die von der Krise am meisten betroffen sind und deren Arbeitsplatz und materielle Zukunft auf dem Spiel stehen? Welche europäische Politik ist vonnöten, um im globalen Verbund, im Zusammenwirken mit der neuen Obama-Administration, in Kooperation der G8, mit den G20 und in Solidarität mit den von der Krise besonders betroffenen Entwicklungsländern eine neue dauerhafte, gerechte und wirksame Finanzordnung zu schaffen, die die Marktkräfte nach Maßgabe der Erfordernisse des Gemeinwohls regelt, ohne sie zu strangulieren? Die dem Klimaschutz effektiv Durchbruch verschafft, die Energieversorgung sichert und

ohne sich zu verzetteln Krisen vorbeugt und Konflikte zu lösen hilft?

Das Maß, in dem die Europäische Union politische Kraft zu bündeln und die Probleme zu bewältigen vermag, wird über ihre Glaubwürdigkeit und damit über den Zuspruch der Bürger und letztlich ihre Zukunft entscheiden. Ein ohnmächtiges Europa mobilisiert niemanden außer seinen Gegnern. Nur wenn den Bürgern deutlich wird, dass es ohne die Union nicht geht und dass die Union in der Lage ist, die wirklichen Probleme der Bürger wirksam anzugehen, werden sich die Europäer im Juni zur Teilnahme an den Europawahlen aufrufen lassen und mit ihrer Zustimmung die Weiterentwicklung der Union tragen.

Dahin ist es allerdings ein weiter Weg. Gewiss haben die Krisen der vergangenen Monate gezeigt, dass der Nationalstaat in Europa allein nicht mehr über die erforderliche Kraft verfügt. Die Union aber hat diese Kraft in ihrem heutigen Zustand ihrerseits auch noch nicht. In der zweiten Hälfte der französischen Präsidentschaft konnten die Bürger erleben, dass Europa in der Kombination zwischen persönlicher Führungskraft des Vorsitzes, dem Gewicht eines großen, gewachsenen Nationalstaates, der Expertise der europäischen Institutionen und der gebündelten Macht der 27 Mitgliedstaaten in der Tat einigermaßen handlungsfähig war. Wann aber und für wie lange ist in Europa eine solche Konstellation gegeben? In den ersten Wochen des neuen Jahres haben Gas und Gaza nicht nur die Grenzen europäischer Einflussmacht deutlich werden lassen. Das Tohuwabohu einer Vielzahl professionellerer oder weniger professionell durchgeführter Einzelinitiativen aus den Mitgliedstaaten und aus Brüssel selbst hat auch neue Zweifel daran genährt, ob es einen hinreichend starken politischen Willen zum gemeinsamen und damit wirksamen Handeln gibt. Wie also muss Europa verfasst sein, wie muss es sich koordinieren und welche Strategien muss es entwickeln, um seine Interessen bei der Energiezufuhr, bei künftigen kriegerischen Konflikten in seiner Peripherie und in den Verhandlungen zur globalen Finanz-, Wirtschafts- und Handelsordnung nachhaltiger durchsetzen zu können? Wie kann Europa in der Krise Stabilitätsanker sein und Halt geben?

Diese Fragen werden in den kommenden Monaten auch unseren Brüsseler Verband beschäftigen. Der Vorstand hat wieder eine beträchtliche Anzahl von Veranstaltungen und Arbeitsgruppensitzungen geplant, bei denen wir nicht nur das europapolitische Tagesgeschehen diskutieren, sondern uns vor allem auch den grundsätzlichen Fragen stellen wollen. Ein besonderer Schwerpunkt wird natürlich auf der Begleitung des Europawahlkampfes liegen. Die Bilanz der Barroso-Kommission, die Wirtschafts- und Finanzkrise, die europäischen Außenbeziehungen und nicht zuletzt Informationen und Kontakte mit Praktikanten, Studenten und anderen "Jungbrüsselern“ kommen aber in unserem Programm ebenfalls nicht zu kurz.

Neben den verschiedenen Veranstaltungsreihen, über die Sie unser Mitgliederbrief und die Homepage regelmäßig informieren, werden wir uns im Sommer wieder zu einer Jahresmitgliederversammlung mit angeschlossener Diskussionsveranstaltung treffen. Sie wird Gelegenheit dazu geben, über unsere Arbeit zu berichten und die Ausrichtung unseres Verbandes in der Debatte von Mitgliedern und Vorstand neu festzulegen. Warten Sie aber bitte nicht bis Juli, um Ihrem Vorstand Ihre Ideen mitzuteilen und initiativ zu werden. Sprechen Sie uns mit Ihren Anliegen und Vorschlägen an und engagieren Sie sich im Rahmen Ihres Brüsseler Verbandes. Die europäische Integration braucht 2009 das Engagement aller ihrer Anhänger. Wir freuen uns auf die Arbeit mit Ihnen.

Im Namen aller Kollegen im Vorstand des Brüsseler Verbandes der Europa-Union Deutschland wünsche ich Ihnen für das neue Jahr alles Gute und besten Erfolg!

Ihr Dr. Michael Köhler

★ Der Gasstreit: Energiepolitische Lektion für Europa

von Alexander Graf Lambsdorff MdEP

Es ist nicht das erste Mal, dass es zwischen Russland und der Ukraine zum Streit ums Gas kommt. Bereits vor vier Jahren gab es unter anderem Uneinigkeit darüber, welcher Gaspreis angemessen sei. Dann war es Ende 2007 wieder soweit: Russland verlangte die sofortige Begleichung der ukrainischen Gasschulden. Während die Ukraine behauptete, die Schulden seien bezahlt, erklärte Russland das Gegenteil. Daraufhin drosselte der russische Konzern Gazprom die Lieferungen an die Ukraine - fast dasselbe Szenario haben wir in den letzten Wochen erneut erlebt.

Neu ist er also nicht, der Konflikt, der die Politik beschäftigt und viele Verbraucher um die Verlässlichkeit ihrer Gasversorgung fürchten lässt. Nie zuvor jedoch waren europäische Verbraucher so unmittelbar betroffen wie jetzt, tausende Menschen in ganz Europa sind ohne Heizung. Österreich und Italien waren zeitweise vollständig von Gaslieferungen aus Russland abgeschnitten. Auch viele osteuropäische Staaten traf es hart: Ungarn und Bulgarien sahen sich zur Rationalisierung gezwungen, Rumänien rief den Notstand aus. Waren auch in den meisten Staaten ausreichende Reserven vorhanden, reichten die Nachrichten allemal zur Beunruhigung.

Es zeigt sich jedoch an diesem Beispiel wieder einmal, wie wichtig es ist, eine Europäische Union zu haben, die mit einer Stimme spricht. Gäbe es Einzelverhandlungen mit jedem einzelnen Mitgliedsstaat, so würden Verhandlungen wie in diesem Streit um Gaslieferungen unnötig kompliziert und langwierig, einzelne Parteien könnten sogar gegeneinander ausgespielt werden. Eine gemeinsame europäische Strategie erweist sich - gerade im Bereich Energieaußenpolitik - als wichtig und richtig.

Für die EU sind im Fall der Gaskrise drei Punkte besonders entscheidend: Zum einen müssen wir unsere Beziehungen zu Russland auf eine verlässlichere Grundlage stellen. Entweder Russland unterzeichnet die Europäische Energiecharta oder aber es werden analoge Regeln in das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen aufgenommen, über das ja nun wieder verhandelt wird.

Zum anderen muss auch die Ukraine ihre Verpflichtungen erfüllen. Das Land befindet sich in einer innenpolitischen Dauerkrise. Dennoch darf Kiew nicht nur eigene Interessen im Blick haben. Gerade auch wegen des bestehenden Assoziierungsabkommens der EU mit der Ukraine müssen wir mehr Zuverlässigkeit in der Partnerschaft einfordern. Die Ukraine verspielt durch ihr Verhalten massiv Kredit in Europa, ein EU-Beitritt ist daher bis auf weiteres auch nicht vorstellbar.

Schließlich wird deutlich, wie eine gemeinsame europäische Energieversorgung aussehen muss: Wir brauchen einen neuen Energiemix - pragmatisch und nicht ideologisch orientiert. Nur so können wir Abhängigkeiten verringern und gleichzeitig Versorgungssicherheit garantieren. Eine klar definierte EU-Energieaußenpolitik, eine größere Auswahl an Energiequellen und -lieferanten sowie verlässliche Partner sind der Schlüssel zu einer modernen europäischen Energiepolitik. Je geschlossener die EU dabei auftritt, desto besser.

Der Europaabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff ist stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments. Als stellvertretendes Mitglied engagiert er sich im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und als Mitglied im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung. Für die Delegation der deutschen Liberalen im Europaparlament ist Graf Lambsdorff stellvertretender Vorsitzender und kümmert sich unter anderem um die Zusammenarbeit mit der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag.

★ De-Briefing zum Ende der französischen Präsidentschaft

Dr. Frank Hoffmeister, Vorstandsmitglied des Brüsseler Verbandes der Europa-Union Deutschland, eröffnete das De-Briefing und dankte Herrn Botschafter Dr. Duckwitz für seine Bereitschaft, sich im Anschluss an die Ratssitzung zu einer Fragestunde zur Verfügung zu stellen. Hoffmeister hob hervor, dass dieses Mal gleich drei große Themen besprochen worden wären, die jedes für sich schon eine Veranstaltung füllen könnte. So wären die Fragen nach der Zukunft des Lissabon-Vertrags, die Auswirkungen der Finanzmarktkrise und die Vereinbarung der Klimaziele alle essentiell wichtige Punkte unserer Zeit.

Dann bat er Herrn Botschafter Dr. Edmund Duckwitz, den ständigen Vertreter Deutschlands bei der Europäischen Union, an das Rednerpult. Dieser schilderte kurz die wichtigsten Themen und Ergebnisse und stellte sich dann den Fragen des Publikums. Zunächst sprach der Botschafter den Lissabon-Vertrag und das weitere Vorgehen in Bezug auf Irland an. Es seien wichtige Voraussetzungen für einen neuen Anlauf für ein Referendum in Irland geschaffen worden. Dieses könnte schon in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres stattfinden. Man habe sich auf einige Punkte geeinigt, die es der irischen Seite leichter machen würden, das Referendum im Jahre 2009 auch erfolgreich zu gestalten. So sei eine Zusicherung gegeben worden, dass es auch in Zukunft bis auf weiteres einen irischen EU-Kommissar geben werde. Außerdem seien der irischen Seite in sozialethischen Fragen positive Erklärungen gegeben worden.

Das Europaparlament wird sich bei den Wahlen im Jahre 2009 noch nach dem Vertrag von Nizza zusammensetzen. Sollte der Lissabon-Vertrag danach noch in Kraft treten, so würden die Mitgliedsstaaten, die in diesem Abkommen besser gestellt würden, nachträglich zusätzliche Abgeordnete entsenden, sodass es für eine Übergangszeit bis zur darauf folgenden Wahl eine größere Zahl an Abgeordneten gäbe.

Die Finanzmarktkrise und die Antwort des Rates auf die konjunkturellen Schwächen in der EU schilderte der Botschafter als nächstes. Es sei ein Konjunkturprogramm in Höhe von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes beschlossen worden. Hiervon sollten die Mitgliedstaaten jeweils 1,2 Prozent selbst leisten und die restlichen 0,3 Prozent würden über die Europäische Investitionsbank laufen. Die einzelnen Mitglieder sollten sich dabei im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten beteiligen. Botschafter Dr. Duckwitz legte besonderen Wert darauf, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt trotzdem noch gelte und beachtet werden müsste. Im Rahmen des europäischen Konjunkturpakets seien erst allgemeine Formulierungen getroffen worden, so dass eine Konkretisierung noch notwendig wäre.

Mit den Ergebnissen im Bereich Klima und Energie könne Deutschland durchaus zufrieden sein. So sei für energieintensive Unternehmen eine Sonderregelung im Rahmen des Emissionshandels getroffen worden. Für diese Unternehmen gelte das Energieeffizienteste als Referenz und die anderen Unternehmen müssten dann einen Abschlag für den Abstand zahlen, den sie zu diesem hätten. Aber auch besonders den neuen Mitgliedsländern seien Zugeständnisse gemacht worden, um deren wirtschaftliche Lage und strukturelle Probleme ausreichend zu berücksichtigen. So würde Polen und einigen baltischen Staaten ein anderer Zeitplan beim Erreichen der Klimaziele zugestanden werden. Zudem gäbe es einen Solidaritätsmechanismus, durch den der Erlös des Emissionshandels zu zwölf Prozent in die Entwicklung von erneuerbaren Energien in den osteuropäischen Ländern gehe.

Nach seinen Ausführungen lud der Botschafter das Publikum ein, Fragen zu stellen. Auf die Frage, ob es nicht eine weitere Barriere wäre, den Iren einen Kommissar zuzusichern und somit das Ziel aufzugeben, die Zahl der Kommissare zu reduzieren, antwortete Botschafter Duckwitz, dass eine Reduzierung ja nicht ohne Grund beschlossen worden sei, und die Entwicklung nun wohl aber in die

Richtung gehe, dass es zwei Kategorien von Kommissaren geben werde: diejenigen mit wichtigem und einflussreichem Einsatzfeld und diejenigen mit eher kleineren Nebenbereichen.

Angesprochen auf die Erklärung zu möglichen Mehrwertsteuersenkungen im Rahmen des EU-Konjunkturpakets erläuterte der Botschafter, dass Deutschland hier das Ziel gehabt habe, eine Aussage zu ermäßigten Mehrwertsteuersätzen komplett herauszulassen. Aus der deutschen Sichtweise könne durch vorübergehende Mehrwertsteuersenkungen nichts bewegt und die Ziele dadurch nicht erreicht werden. Es gäbe nun in diesem Punkt nur eine allgemeine Bemerkung und grundsätzlich stehe es den Mitgliedern frei, in ihrem Ermessen zu handeln.

Auf die Frage nach seinen Erwartungen zur tschechischen Ratspräsidentschaft antwortete Botschafter Duckwitz, dass diese eine schwierige Situation hätten, weil durch die anstehenden Europaparlamentswahlen nur wenig Zeit für Reformen zur Verfügung stehe. Die Themen der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates – Lissabon, Finanzmarktkrise und Klima – würden sicher auch weiter behandelt werden. Er versicherte, dass Deutschland die tschechische Ratspräsidentschaft tatkräftig unterstützen würde. Die auslaufende französische Ratspräsidentschaft lobte er als eine starke Präsidentschaft mit einem führungsfähigen Präsidenten, unter dem Ergebnisse erreicht worden wären, die keinesfalls zum Schaden anderer Mitglieder gewesen seien.

Zu Fragen nach der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik antwortete der Botschafter, dass die östliche Partnerschaft weiter gewollt sei, aber nicht in einem so großen Rahmen wie die Mittelmeerunion aufgezogen werden sollte, weil es sich hier um einen kleineren Kreis von nur sechs Ländern handele. Außenpolitisch solle die bisherige Politik fortgesetzt und vor allem weiter an der Aufstellung ständig einsatzbereiter EU-Militäreinheiten gearbeitet werden.

Im Anschluss lud die Landesvertretung Baden-Württemberg zu Glühwein und Weihnachtsgebäck ein.
Christos Karaissaridis

★ "Small is beautiful" - Fahrt zur Deutschsprachigen Gemeinschaft nach Eupen

Unerschrocken von bitterer Kälte und der frühen Abfahrt an einem Samstagmorgen machte sich eine Gruppe der Europa-Union am 13. Dezember auf nach Eupen, um ein wenig mehr über den kleinen Zipfel im Osten Belgiens zu erfahren, in dem deutsch gesprochen und belgisch gelebt wird.

Unser erstes Ziel war der Regierungssitz der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) in der Klötzerbahn 32. Der Ministerpräsident der DG, Karl-Heinz Lambertz, nahm sich Zeit, um uns die komplexe Struktur des belgischen Föderalismus und die Verankerung der Sprachgemeinschaften darin näher zu bringen sowie unseren Fragen Rede und Antwort zu stehen. In der belgischen Verfassung als eigenständige politische Körperschaft und als Kleingliedstaat staatsrechtlich anerkannt, hat die Deutschsprachige Gemeinschaft ein eigenes Parlament, eine Regierung, einen öffentlich-rechtlichen Rundfunksender und die Befugnis für die kulturellen Angelegenheiten, die personenbezogenen Angelegenheiten, das Unterrichtswesen, die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften. Dies mutet viel an für ein Gebiet, das lediglich knapp 850 km² groß ist und in dem ca. 73 000 Menschen leben, weniger als in den meisten deutschen Land-

kreisen. Karl-Heinz Lambertz hingegen legte mit Enthusiasmus viele gute Gründe dar, wie die Deutschsprachige Gemeinschaft diese Befugnisse gewinnbringend als Chancen begreift.

Deutsche Sprache, belgische Lebensart
Nach dem Besuch bei der DG schlossen wir uns einem geführten Stadtrundgang durch Eupen an. Der erste Eindruck, den die einst reiche Tuchmacherstadt bietet, ist recht unspektakulär, hinter den Kulissen eröffnet sich jedoch historische Pracht. Eine weitere Auffälligkeit in der Kleinstadt waren die zahlreichen Autos mit deutschen oder niederländischen Kennzeichen.

Zwischen dem Dreiländereck Niederlande-Belgien-Deutschland und dem Dreiländereck Belgien-Deutschland-Luxemburg gelegen, ist die Deutschsprachige Gemeinschaft europäisches Kernland mit einem leichten Zugang zu den drei Nachbarländern. Neben einem klaren Bekenntnis zur deutschen Sprache und einem engen Bezug zum deutschen Kulturraum, fände man in Eupen aber auch belgische Gemütlichkeit und ein französisches "savoir vivre“, so die Stadtführerin.

Dies als Stichwort für gutes Essen verstehend, suchten wir sogleich durchgefroren vom Spaziergang in eisiger Kälte die Wärme eines Eupener Restaurants auf. Aufgewärmt, gut genährt und ausgeruht wagten sich dann die meisten auf den überschaubaren Eupener Weihnachtsmarkt, auf dem sich dieses Jahr Polen als Gastland vorstellen durfte. Aber auch südlichere Länder waren mit Produkten vertreten: vom Honorarkonsul der Republik Mazedonien Lutz Dommel wurden wir eingeladen, mazedonischen Rotwein zu verkosten. Wem der Gedanke an wärmere Gefilde nicht ausreichte, wählte stattdessen den über einem Holzfeuer gekochten Glühwein - schließlich konnten wir uns auf der knapp zweistündigen Rückfahrt nach Brüssel ein wenig ausruhen.
Katharina Aubele

★ Heinz Henze verstorben

Wir trauern um unser Mitglied Heinz Henze. Herr Henze verstarb am 13. Januar 2009 im 97. Lebensjahr in Brüssel.

Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Berlin, Greifswald und Innsbruck und Referendarzeit wurde er 1940 zum Militärdienst einberufen. In der amerikanischen Kriegsgefangenschaft lernte er den späteren Kommissionspräsident Walter Hallstein kennen, der ihn dann 1958 in die Generaldirektion für Sozialpolitik der Europäischen Kommission nach Brüssel holte.

Als Leiter der Abteilung "Arbeitskräfte" war einer seiner Hauptarbeitsbereiche die Freizügigkeit der Arbeitnehmer. 1973 wurde Heinz Henze zum Generaldirektor ehrenhalber ernannt. Nach dem Ausscheiden aus der EU-Kommission war er wieder als Rechtsanwalt und Geschäftsführer des Europäischen Industrieverbandes (Frankfurt-Brüssel) tätig.

In den letzten Jahren setzte Herr Henze sich besonders dafür ein, die Europäische Idee unter jungen Menschen voranzubringen. So war es für ihn und seine Frau Gudrun auch keine Frage, zu den Gründungsmitgliedern des Brüsseler Verbandes der Europa-Union zu gehören und sich aktiv ins Verbandsleben einzubringen.

★ "United in Diversity" - multinationale Weihnachtsfeier

In vorweihnachtlicher Stimmung versammelten sich knapp 70 zumeist junge Europäerinnen und Europäer auf Einladung des Brüsseler Verbandes der Europa-Union Deutschland, der Jungen Europäischen Föderalisten und der "Union of European Federalists" am Nikolaustag in den Veranstaltungsräumen des UEF-Sekretariats. Nach einem Grußwort von UEF-Präsident Andrew Duff MdEP und der JEF-Bundesvorsitzenden Yvonne Nasshoven feierten die Gäste bei Glühwein - der deutsche Name war überraschenderweise allen Gästen ein Begriff, wahlweise auch mal als "Glückswein" bezeichnet - ihre Begegnung in einem internationalen festlichen Rahmen. Für Überraschungen sorgten auch die Geschenke, die in der Tradition des "Wichtelns" ausgetauscht wurden. Die Gäste waren gebeten worden, dafür kleine Präsente aus ihrer Heimat mitzubringen, die am Ende des Abends unter allen Teilnehmenden verlost wurden. Die Empfänger konnten sich dann beispielsweise über polnische Piernika, italienischen Wein oder finnische Mumins-Kekse freuen. Ein runder Abschluss für ein schönes get-together, das wir im nächsten Advent gerne wiederholen werden.

Katharina Aubele

★ Saarbrücken im Herzen der Europa-Union

Zwei Tage lang ließen Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker aus ganz Deutschland sowie Mitglieder der Europa-Union und die Delegierten des 54. Bundeskongresses der Europa-Union Deutschland in Saarbrücken europäische Herzen schneller schlagen.

Grund für den erhöhten politischen Pulsschlag: hitzige Podiumsdiskussionen, intensiv arbeitende und diskutierende Workshopteilnehmer sowie scharf formulierte Wortbeiträge bei der alljährlichen Delegiertenversammlung, die alle auf ein Ereignis ausgerichtet waren - das kommende Superwahljahr 2009.

Das Superwahljahr mit der Bundestagswahl, diversen Landtags- und Kommunalwahlen, aber insbesondere mit der Europawahl nähert sich in noch kleinen, aber schnellen Schritten, und bedarf nun ganz besonders vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise, dem Vertrauensverlust vieler Bürgerinnen und Bürger in die Strukturen der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatsordnungen einer besonders intensiven Vorbereitung.

So stand auch der diesjährige Bundeskongress der Europa-Union Deutschland ganz unter dem Motto "Europa – Unsere Wahl!". Wie die Europawahlen 2009 sich gestalten werden und welche unterstützende Rolle die Europa-Union hierbei spielen kann war Hauptthema der zweitägigen Klausur.

Mit Vertretern der öffentlich-rechtlichen Medien, Landes-, Bundes- und Europapolitikern wurde Frage um Frage erörtert: Werden es die Europawahlen diesmal schaffen können, nicht nur unter nationalen, sondern endlich unter europäischen Gesichtspunkten von den nationalen und europäischen Parteien wahrgenommen zu werden? Wie kann die Europa-Union dazu beitragen, dass dieses Ziel auch tatsächlich erreicht wird?

Welche Themen müssen die europäischen Akteure hervorheben, um Europa mit all seinen Vorteilen dem Wähler schmackhaft zu machen und ihn zu überzeugen, im Juni sein Kreuz für Europa zu machen?

Das tatkräftige Mitwirken der EU für ein Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen in Georgien sowie der gemeinsame europäische Ansatz zur Lösung des globalen Klimaproblems sind Themen - hier waren sich die Mitglieder der Europa-Union einig -, die sicherlich bei den inhaltlichen Vorbereitungen der Europawahl eine Rolle spielen müssten. Vorurteile wie "Wenn`s in Brüssel regnet, dann scheint in Berlin die Sonne“ seien längst nicht mehr zeitgemäß und müssten nun endlich der Vergangenheit angehören.

Gedankenanstöße gab es viele – jetzt ist es an der Zeit, diesen auch Taten folgen zu lassen. Nicht nur die Delegierten des Bundeskongresses, deren Herz meist sogar ehrenamtlich an Europa hängt, sondern auch die berufstätigen Politiker waren sich am Ende einig, dass im nächsten Jahr noch intensiver dafür gekämpft werden müsse, dass die politischen Pulsschläge aus Brüssel endlich auch in Berlin bewusst ankommen.
Mirjam von Jarzebowksi (Fotos EUD)

★ Per Fahrrad quer durch die Europäische Union

Vom 27. April bis zum 19. Mai wird eine internationale Fahrradtour von Brüssel über Aachen entlang der Bundesstraße 1 nach Berlin bis zur östlichen Grenze der Europäischen Union in Braniewo stattfinden. Entlang der Strecke werden Zwischenstopps in den Rathäusern der größeren Städte eingelegt, um dort gemeinsam mit Kandidaten für das Europäische Parlament und unter Anwesenheit von Pressevertretern auf die Europawahl 2009 aufmerksam zu machen. Alle Kandidaten der demokratischen Fraktionen im Europäischen Parlament (EVP-ED, PSE, Liberale und Grüne) wurden eingeladen, an der Fahrradtour teilzunehmen.
Sie sind alle eingeladen, dem Start der Fahrradtour am 27. April vor dem Rathaus in Brüssel beizuwohnen oder sogar mitzuradeln; auch am Europäischen Parlament ist ein kurzer Stopp eingeplant.

Weitere Stationen in Deutschland sind unter anderem Düsseldorf, Paderborn, Magdeburg und Potsdam.

Koordinator der Fahrradtour ist unser Mitglied Dr. Ernst Piehl, der für nähere Informationen über die E-Mail-Adresse piehl@scarlet.be erreichbar ist.

★ EUD-konkret zum Europawahlkampf

Die Reaktionen der Politiker und Journalisten im Fernsehen nach der Landtagswahl in Hessen haben es wieder einmal gezeigt: Nur die Bundestagswahl und allenfalls die eine oder andere noch folgende Landtagswahl wurden als bevorstehende Herausforderungen erwähnt. Von der Europawahl sprach (irgendwie) keiner. Offensichtlich ist es so, wenn wir in Brüssel nicht über die Vorbereitungen zur Europawahl am 7. Juni sprechen, dann tut es kaum einer. Deshalb wollen wir unserer erfolgreichen Auftaktveranstaltung vom April 2008 zu den Wahlkampfplanungen der europäischen politischen Parteien einen zweiten Teil folgen lassen.

Am Abend des 2. März 2009 sollen Wahlkampfmanager und- strategen aller wichtigen deutschen Parteien die Möglichkeit erhalten, ihre Konzepte zu der anstehenden Europawahl vorzustellen und mit einem sachverständigen Brüsseler Publikum zu diskutieren. Eine Einladung erhalten Sie rechtzeitig.
Florian Hassler

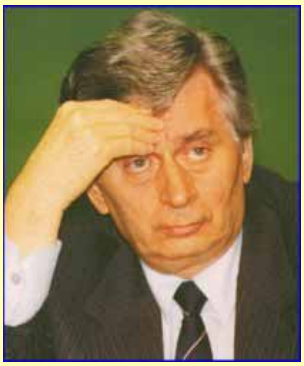
★ Große Europäer in großen Gebäuden II

Tagtäglich gehen wir im Europäischen Parlament durch die Gebäude WIC, ASP oder eben JAN. Dort sind Gebäude oder Gebäudeteile nach großen Europäern benannt worden. In dieser Reihe stellen wir in loser Folge Kurzbiografien dieser Persönlichkeiten vor.

József Antall wurde am 8. April 1932 in Budapest geboren und entstammte einer christlich-demokratisch ausgerichteten Familie.

Kurz nachdem Antall sein Literatur- und Geschichtsstudium abgeschlossen und begonnen hatte, als Lehrer zu unterrichten, brach 1956 der Ungarnaufstand aus.

Antall, der sich als Leiter eines "Revolutionskomitees“ aktiv an den Protesten beteiligte, wurde nach der blutigen Niederschlagung mehrmals verhaftet, konnte vorerst jedoch seine Lehrtätigkeit fortsetzen. 1959 erhielt er Berufs- und Publikationsverbot, was dazu führte, dass er bis Mitte der 80er Jahre vorwiegend in Museen und als Bibliothekar arbeitete.



Als sich Ende der 80er Jahre in Ungarn der politische Umbruch abzeichnete, nahm Antall als Mitglied des "Ungarischen Demokratischen Forums“ (MDF) an den Verhandlungen des "Runden Tisches der Opposition“ teil, bei denen die verfassungsmäßigen Grundlagen für eine demokratische Staatsordnung des Landes gelegt wurden (u. a. für die Einführung eines Mehrparteiensystems).

Sein Engagement führte den Christdemokraten schließlich an die Spitze der MDF, wo er nach dem Sieg der Partei bei den ersten freien Wahlen im März/April 1990 zum Ministerpräsidenten der "Republik Ungarn“ ernannt wurde.

In dieser Funktion setzte er sich nicht nur energisch für die Einführung der Marktwirtschaft und die Fortführung des Demokratisierungsprozesses ein, sondern forcierte außenpolitisch die Annäherung Ungarns an die NATO und die Europäische Gemeinschaft. Zu den wichtigsten außenpolitischen Erfolgen seiner Amtszeit gehörten daher sicherlich der Beitritt Ungarns zum Europarat 1990 und die Unterzeichnung des Assoziierungsvertrages mit der Europäischen Gemeinschaft im Jahre 1991.

Die Aufnahme Ungarns als Vollmitglied der EU erlebte Antall jedoch nicht mehr – noch während seiner Amtszeit verstarb er am 12. Dezember 1993 nach langem Krebsleiden in seiner Heimatstadt.

Als Erinnerung an József Antall, der vielen als Symbolfigur für den demokratischen Aufbruch Mittel- und Osteuropas gilt, trägt seit 2008 ein neuer Flügel des Europa-Parlaments seinen Namen.
(Guido Mieske)

★ 10 Fragen an…

Unter dieser Rubrik stellt Yvonne Nasshoven jeweils 10 Fragen an Mitglieder der Europa-Union Verband Brüssel, um sie vorzustellen.

10 Fragen an Katharina Aubele

1. Tätigkeit: In der Vertretung von Baden-Württemberg bei der EU zuständig für das Praktikantenprogramm sowie im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

2. in Brüssel seit: 15. August 2001

3. Wofür ich gern mehr Zeit hätte: Zum Schmökern/ Lesen

4. Man trifft mich bei (Lieblingsrestaurant o.a.): Für einen Cocktail oder ein Kriek gehe ich gerne ins "Cercle de voyageurs“, zum Essen am liebsten ins "Mi Tango“ - sehr kleines und feines argentinisches Restaurant in der Nähe des Place St. Josse

5. Welcher Mensch ein Vorbild für mich ist: Joseph Cardijn, belgischer Kardinal und Gründer der internationalen Christlichen Arbeiterjugend

6. Welches Buch ich gerade lese: Antonio Tabucchi: "Erklärt Pereira. Eine Zeugenaussage“ - ein Buch über politischen Mut.

7. Lieblingszitat oder Motto: Damit das Mögliche entsteht, muß immer wieder das Unmögliche versucht werden. (Hermann Hesse)

8. Weshalb ich bei der Europa-Union mitarbeite:... ...weil ich meinen Beitrag dazu leisten möchte, Europa den Menschen näher zu bringen und weil ich mich überparteilich mit anderen Europäern über ihre Vorstellungen und Wünsche, wie unser Europa aussehen sollte, austauschen möchte.

9. Europa bedeutet für mich: (in Abwandlung von Adenauers Zitat): Der Traum unserer Eltern und Großeltern, die größte Hoffnung unserer Generation und die Notwendigkeit für alle nachfolgenden.

10. Wenn ich drei Wünsche frei hätte: Gäbe es keine Gleichgültigkeit gegenüber dem Leiden anderer, keine politische und wirtschaftliche Kurzsichtigkeit und keine Kalorien in belgischen Schokoladenkuchen.

★ Terminvorschau 2009

Zu allen Terminen versenden wir rechtzeitig Einladungen per E-Mail und kündigen diese auf unserer Homepage an. Für das erste Halbjahr 2009 haben wir geplant:

- Debriefing nach dem Eur. Rat: 23. März
- Veranstaltung zur Europawahl 2009 in der LV Nordrhein-Westfalen
- Veranstaltung zur Nachbarschaftspolitik der EU im März
- Europäische Fahrradtour: Start in Brüssel am 27. April
- Veranstaltung "Wählen gehen - aber richtig" mit der Deutschen Botschaft im April/Mai
- Veranstaltung mit dem Beauftragten für Bürokratieabbau, MP a.D. Dr. Stoiber
- Mitgliederversammlung am 1. Juli
- Gemeinsame Veranstaltung mit dem Ausschuss der Regionen: "15 Jahre AdR"
- Veranstaltung für Praktikantinnen und Praktikanten: "Berufschancen in Brüssel".

Sie sehen: Ein voller Kalender für 2009. Über alle Veranstaltungen werden wir Sie rechtzeitig per E-Mail und auf der Homepage informieren.

★ Mitteilungen des Schatzmeisters

Mit der Einladung zur Mitgliederversammlung im Juli werden auch die Beitragsrechnungen versandt. Falls Sie Ihren Beitrag für 2008 noch nicht entrichtet haben, bitten wir Sie um umgehende Begleichung auf u.a. Konto.

Wenn sich Ihre Anschrift oder E-Mailadresse ändert, so geben Sie uns bitte umgehend Bescheid.

★ "Brüsseler in Berlin"

Das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland unterstützt den "EU-Stammtisch - Brüssel in Berlin", der sich an ehemalige Brüsseler EU-Praktiker (aus Unternehmen, Verbänden und Regierungsstellen) richtet, die nun in unterschiedlichen Positionen in der Bundeshauptstadt tätig oder auch nur kurzfristig in Berlin zu Gast sind. Nächster Termin ist der 23. April. Ansprechpartner ist Frau Strempler

★ Wiki wahlen-europa.de

Mittlerweile haben fast alle Parteien ihre Listen für die Europwawahl aufgestellt. Die EUD hat das Wikiprojekt www.wahlen-europa.de ins Leben gerufen. Das Projekt lebt vom dezentralen Mitmachen! Über Ziele und erste Schritte informiert die Startseite!

★ Impressum

Europa-Union Deutschland e.V.
Verband Brüssel
Tel: 02 28-47545 · Fax: 02 791 5795
E-Mail: info@eud-bruessel.eu
www.eud-bruessel.eu

Redaktion: Georg Becker

Bankverbindung:
Konto: 363-0201214-76 (ING)
IBAN: BE91 3630 2012 1476
BIC: BBRUBEBB

Redaktionsschluss: 25.01.2009

europa-union deutschland
Mitwirken am Europa der Bürger

VERBAND BRÜSSEL

Geschäftsstelle:
c/o Union of European Federalists (UEF)
Chaussée de Wavre 214 D
B-1050 Bruxelles

Fax: (+32-2) 791 5795
E-Mail: info@eud-bruessel.eu
Internet: www.eud-bruessel.eu

Mitgliedsantrag

Ich möchte mich für die Einigung Europas in Frieden und Freiheit einsetzen und der überparteilichen Europa-Union Deutschland beitreten.

Vor- und Zuname: _____

Adresse: _____
(ggf. dt. Adresse)
_____

Telefon: _____ **Geburtsdatum:** _____

Email: _____@_____

Beruf/Arbeitgeber:_____

❍ Ich bin bereit, als **ordentliches Mitglied** im Verband Brüssel einen Jahresbeitrag von ____ € (Selbsteinschätzung) zu entrichten. Der Mindestbetrag pro Jahr beträgt 43,- € (Studierende 21,50 €), darin ist enthalten die Lieferung der Verbandszeitung EUROPA AKTIV. Sofern ich noch nicht 35 Jahre alt bin, werde ich gleichzeitig (ohne Mehrkosten) Mitglied bei der Jugendorganisation Junge Europäer (JEF).

❍ Ich bin bereits Mitglied in der Europa-Union im Landes-/Kreisverband _____, möchte meine Mitgliedschaft dort beibehalten und werde für zusätzlich ____ € (Selbsteinschätzung), mindestens jedoch 10 € pro Jahr **außerordentliches Mitglied** im Verband Brüssel.

❍ Ich bin Praktikant/in bzw. Studierende/r, werde bis zum _____ in Brüssel bleiben und werde deshalb kostenfrei Mitglied des Verbandes Brüssel für die Zeit in Brüssel. Nach meiner Rückkehr wird der Verband Brüssel meine Daten dann dem zuständigen Landes- bzw. Kreisverband weiterreichen und ich werde zu den oben genannten Bedingungen **ordentliches Mitglied**. Sofern ich noch nicht 35 Jahre alt bin, werde ich gleichzeitig Mitglied der Jugendorganisation *Junge Europäische Föderalisten* (JEF). (Bitte dann unbedingt oben auch die **deutsche Adresse** angeben).

_____

Ort, Datum Unterschrift